

Anlage zur Pressemitteilung
Initiative "PEPP nicht einführen!"
Berlin, 7. August 2013

Zitate der Sprecherinnen und Sprecher auf der PK "PEPP nicht einführen!"

Ruth Fricke, Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener (BPE) e.V.:

"Ich lehne das PEPP-System ab, weil es nicht nur durch die angestrebten kurzen Verweildauern Anreize für Zwangsmaßnahmen schafft, sondern Zwangsmaßnahmen auch noch besonders honoriert. Das alles führt zu einer zusätzlichen Traumatisierung der Patienten und letztlich in die Chronifizierung der Erkrankung und zur Erwerbsunfähigkeit. Das ist inhuman für die betroffenen Menschen und führt zu enormen Kosten für unser soziales Sicherungssystem."

Dagmar Paternoga, Attac Deutschland:

"Gesundheit ist keine Ware! Attac hat seit seiner Gründung immer wieder vor den massiven, negativen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung auf die Sozialsysteme gewarnt. Dass nun Psychiatrieerfahrene, medizinische Fachverbände, Sozialverbände, Gewerkschaften und Akteure aus den sozialen Bewegungen gemeinsam deutlich Nein sagen zum geplanten PEPP-System, halten wir für einen großen Fortschritt. Die fortbestehenden unterschiedlichen Ansätze begreifen wir dabei als Stärke: Unser gemeinsames Anliegen ist aus den verschiedensten Sichtweisen begründet."

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes – Gesamtverband e.V.:

"Psychisch kranke Menschen brauchen meist eine Sektoren übergreifende, integrierte Versorgung. Anreize, die sich nur auf die Klinik beziehen und zudem eine schnelle Entlassung belohnen, sind deshalb nicht sachgerecht und gefährden überdies die fachgerechte Behandlung v. a. psychisch schwer kranker Menschen."

Sylvia Bühler, Mitglied im Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di):

"Die Politik hat nichts dazu gelernt. In Krankenhäusern hat die Einführung der Fallpauschalen – kurz: DRGs – ohne die gleichzeitige Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung zu einer für Patienten und Beschäftigte gefährlichen Entwicklung geführt. Nun macht die Regierung den gleichen Fehler noch einmal in der Psychiatrie. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert deshalb die Beibehaltung und Weiterentwicklung der Psychiatrie-Personal-Verordnung, weil sie dafür sorgt, dass ausreichend Fachpersonal zur Verfügung steht, um Behandlungen in guter Qualität sicherzustellen."

Dr. Ingrid Munk, Arbeitskreis der Chefärztinnen und Chefärzte der Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie an Allgemeinkrankenhäusern in Deutschland (ACKPA):

"Es ist an der Zeit, die zweite Stufe der Psychiatriereform einzuläuten. Stattdessen zementiert PEPP das bestehende, bettenzentrierte Versorgungssystem, statt Anreize in Richtung Ambulantisierung vorzugeben. Psychiatrische Behandlung beruht auf dem Gespräch mit Therapeuten, zu denen der Patient Vertrauen hat. Jetzt droht eine Abwertung von Gesprächsleistungen, entsprechend den DRGs. Zukunftsmodelle psychiatrischer Versorgung - unsere europäischen Nachbarn zeigen es uns - sind flexibel, stationär-ambulant übergreifend, personenzentriert und bieten so genanntes Home Treatment als Behandlung zu Hause an. Mit PEPP bewegen wir uns weg davon."